

Abrahamson, George

Article — Digitized Version

Sozialistische Thesen vom Thron der Königin: Das wirtschaftspolitische Programm der Labour-Regierung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Abrahamson, George (1964) : Sozialistische Thesen vom Thron der Königin: Das wirtschaftspolitische Programm der Labour-Regierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 44, Iss. 11, pp. 487-490

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133433>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

U M S C H A U

Sozialistische Thesen vom Thron der Königin

Das wirtschaftspolitische Programm der Labour-Regierung

Dr. George Abrahamson, London

Als Mr. Wilsons Labour-Regierung Mitte Oktober ans Ruder kam, sah sie sich sofort einer der in Großbritannien nur allzu bekannten Zahlungskrisen gegenüber. Der Außenhandel hatte im September mit einem Defizit von £ 111 Mill. abgeschlossen. Für das Jahr 1964 war ein Zahlungsbilanzfehlbetrag von mindestens £ 700 Mill. zu erwarten. Der Devisenabfluß hatte noch nicht aufgehört; im September und Oktober gingen die Gold- und Devisenreserven, die dem ganzen Sterlingblock dienen, um £ 47 Mill. zurück, obwohl sich die Bank von England nicht weniger als £ 110 Mill. von anderen Zentralbanken ausgeliehen hatte. Drastische Maßnahmen waren also nach einer innerpolitisch bedingten Verzögerung durch den Wahlkampf unvermeidlich, und die neue Regierung hielt es psychologisch für das beste, mit der Tür ins Haus zu fallen. Die Importabgabe für Fertigwaren war nach der amtlichen Darstellung das kleinste von drei Übeln; die anderen beiden — Deflation und Abwertung — wurden wegen ihrer langfristigen Nachteile abgelehnt, und zwar auch von den Konservativen, die früher in ähnlicher Lage zu Diskontsatzserhöhungen und Kreditbeschränkungen griffen. Solche „stop-go“-Signale sind jetzt verpönt und von Labour-Sprechern immer scharf kritisiert worden. Direkte Eingriffe in Produktion und Handel entsprechen ihrer Denkweise, aber die Einfuhrabgabe ist tatsächlich nur ein Notbehelf, der möglichst bald — frühestens aber wohl im April 1965, wenn der nächste Haushalt vorgelegt wird — überprüft, abgebaut und schließlich abgeschafft werden soll. Andere Sofortmaßnahmen wie die Überprüfung des Concord-Flugzeugprojekts, die Beschränkungen für Bürobauten in London, die Ernennung eines Untersuchungsausschusses über Hafendarbeit und die Vorlage eines Zwischenbudgets verfolgen den doppelten Zweck, Zeit für die Ausarbeitung eines detaillierten Programms für die ganze fünfjährige Legislaturperiode zu gewinnen und mit die Grundlagen und Atmosphäre für eine neue Wirtschaftspolitik zu schaffen.

„Nationalrat für Wirtschaftsentwicklung“ als Planungsinstrument

Aus den unternommenen Schritten, den in der Thronrede skizzierten Gesetzen, den Versprechungen im Wahlprogramm und Reden führender Labour-Sprecher formt sich ein ziemlich vollständiges Bild des wirt-

schaftspolitischen Programms. Es ist klar, daß die neue Regierung trotz ihrer knappen Unterhausmehrheit aktiv und radikal vorgehen will und umstrittene Programmpunkte keineswegs beiseite legt. Sie steht und fällt mit ihrem sozialistischen Glauben an die Planwirtschaft. Ein Ministerium für wirtschaftliche Planung wurde geschaffen, da „das Gemeinwesen nicht länger von Marktkräften außerhalb seiner Kontrolle regiert werden darf“, und neben und teilweise über das bisher allmächtige Schatzamt gesetzt. Ihm wird der Nationalrat für Wirtschaftsentwicklung, bisher ein unabhängiger Ratgeber, als Planungsinstrument rekonstituiert beigelegt. Das Planungsziel bleibt stetige Expansion, aber im Gegensatz zur konservativen Regierung, die eine vierprozentige Wachstumsrate anstrebte, hat sich Mr. Wilsons Regierung nicht zahlenmäßig festgelegt. Sie hat „keine Vorurteile gegen die Mechanismen freier Märkte, wenn sie wirksam sind“, und wünscht nicht, zu den Bewirtschaftungsmethoden der ersten Nachkriegsregierung zurückzukehren, hält aber administrative Eingriffe des Staatsapparats für unvermeidlich und unbedenklich. Direkt zielen diese auf eine stetige Produktions- und Produktivitätserhöhung ab, die allein die ökonomische Grundlage für ein großzügiges Modernisierungs- und Sozialprogramm bilden kann.

Neuorientierung in der Einkommenspolitik angestrebt

Da die Arbeitsreserven im wesentlichen ausgeschöpft sind, der weiteren Einwanderung Farbiges aus sozialpsychologischen Gründen Grenzen gezogen sind und im übrigen auch das schulpflichtige Alter vermutlich in drei bis vier Jahren auf 16 erhöht werden soll, bedingt höhere Produktion erhöhte Arbeitsproduktivität, diese aber wieder größere Bereitschaft seitens der Arbeiter und Gewerkschaften, produktionshemmende Praktiken aufzugeben. Die Labour-Regierung wird wohl auf weniger Mißtrauen stoßen als ihre Vorgängerin, will auch hinsichtlich Umschulungs- und Entlassungsvergütungen großzügiger verfahren und hat schon einige kleine Erfolge in der Vermittlung zwischen Streikenden und Arbeitgebern zu verzeichnen. Der Schlüssel zu dauernder Leistungssteigerung liegt auf dem Gebiet der Löhne. Hier versprach die Thronrede ein besser abgewogenes Verhältnis zwischen erhöhter Arbeitsproduktivität und gesteigerten Einkünften in allen Formen.

Es fragt sich aber, ob die Regierung den Arbeitern viel bieten kann, denn die Löhne (mit Überstunden- und Akkordzuschlägen) pflegten schon bisher Produktivitätsgewinne vorwegzunehmen. Mehr Erfolg versprechen daher ihre Bemühungen um Gewerkschaftsmitarbeit bei der Erarbeitung einer „Einkommenspolitik“, sofern diese auf Unternehmergewinne, Dividenden und Mietseinnahmen ausgedehnt wird, was die Regierung auch zugesagt hat.

Lähmung der unternehmerischen Initiative durch Preisprüfamt?

Stabilere (nicht jedoch stabile) Preise sind in der Thronrede versprochen worden. Ein Preisprüfamt soll sich fallweise mit Preiserhöhungen, die ungerechtfertigt zu sein scheinen, befassen. Es wird einer systematischen Preiskontrolle vorgezogen, weil es schneller arbeiten sollte, und kann vielleicht auch Aufgaben der wegen Gewerkschaftsopposition unwirksam gebliebenen Einkommenskommission übernehmen, also auf ein vernünftiges Verhältnis von Löhnen, anderen Einkünften und Preisen achten. Ein Gesetz, das Fabrikanten grundsätzlich verbietet, Einzelhändler wegen Preisunterbietung von der Belieferung auszuschließen, wurde im letzten Sommer vom Parlament verabschiedet, und ein Kartellgericht arbeitet bereits seit Jahren, allerdings sehr langsam. Jetzt sollen weitere Schritte folgen, um gegen Monopole und die sich aus Zusammenschlüssen ergebenden Probleme anzugehen, darunter die Verabschiedung (mit kleineren Änderungen) des vom Unterhaus beratenen Monopolgesetzes. Besondere Aufmerksamkeit verspricht man für den Schutz der Verbraucherinteressen. Das Preisprüfamt soll sich einschalten, wenn mangelndes Maßhalten der Lohn- und Gehaltsempfänger zu übermäßigen Profiten führt, aber „im übrigen scheint es uns“, erklärte Wirtschaftsminister Brown, „daß fiskalische Waffen am geeignetsten sind, übermäßiges Anwachsen von Profiten und Dividenden anzupacken.“ Das klingt allerdings so, als ob der Staat hohen Gewinnen nicht unbedingt abhold ist, wenn er an ihnen durch entsprechend hohe Steuerabzüge beteiligt wird, und zeigt wenig Interesse an wirksamen Wettbewerbsbedingungen. Warum sollten unfähige und nachlässige Firmen ihre Methoden ändern, wenn leistungsfähigere Konkurrenten ihren Erfolg mit höheren Steuern bezahlen müssen? Ein materieller Anreiz zu unternehmerischer Initiative fehlt hier wie auch in anderen Teilen des Wirtschaftsprogramms. Dafür sucht die Regierung innerbetriebliche Investitionen durch Änderung der Besteuerung gewerblicher Unternehmen zu fördern. Eine neue Körperschaftsteuer wird die Besteuerung verteilter Gewinne erhöhen, aber die von nicht ausgeschütteten Gewinnen erleichtern und somit, wie man hofft, die Investitionstätigkeit anspornen.

Direkte Eingriffe in den Baumarkt

Auf einem wichtigen Teilgebiet ergreift die Regierung aber direkte Maßnahmen, um Preise und Lebenshaltungskosten zu senken, und zwar im Bauwesen. Eine Kronlandkommission soll mit weitreichenden Voll-

machten für den Zwangserwerb von Bauland ausgestattet werden, um dem Wucher mit dieser Mangelware ein Ende zu setzen und mehr Grund und Boden für den Wohnungsbau zu beschaffen. Das Mietgesetz von 1957, das den Mieterschutz auf kleinere Wohnungen und die damaligen Mieter beschränkte, soll aufgehoben und vermutlich durch eine umfassendere Wohnraumbewirtschaftung ersetzt werden. Gemeinden und Eigenheimkäufer sollen billige Hypotheken erhalten. Weniger wichtige Bauvorhaben will man einschränken und die Bauindustrie mit Regierungshilfe modernisieren und rationalisieren. Auf längere Sicht denkt man an eine Reform der Subventionen für den kommunalen Wohnungsbau, aus denen vielfach wohlhabende Mieter Nutzen ziehen. Eine erhebliche Steigerung der Bautätigkeit ist vor allem in den „unterbeschäftigten“ Landesteilen erforderlich. Für Mittelschottland und Nordostengland gibt es seit dem vorigen Herbst Regionalprogramme. Wales und Nordschottland sollen nun auch Vorrang in der Versorgung mit öffentlichen Diensten, Fabrikbaukrediten, Umstellungskursen usw. erhalten. Die Labour-Regierung will hier schneller und palvoller handeln als die Konservativen, aber im Grunde mit ähnlichen Mitteln. Diese früheren Notstandsgebiete, in denen noch ungenutzte Arbeitsreserven vorhanden sind, sollen auch von einer Neuformung des Eisenbahn-rationalisierungsprogramms, die sich in eine neue „fortschrittliche“ Transportpolitik einfügt, profitieren. Einige beabsichtigte Streckenstilllegungen werden, obwohl rein kommerziell berechtigt, aus demopolitischen Gründen vertagt. Man will den Zug nach dem Südosten aufhalten und neue Industriezweige in den entfernteren Gebieten im Westen und Norden der Insel ansiedeln.

Begrenztes Programm der Verstaatlichung

In der Landwirtschaftspolitik bleiben die bewährten Preisgarantien bestehen, Vertrieb und Verteilung der Agrarproduktion sollen verbessert werden, und den britischen Farmern wird vielleicht ein größerer Teil der heimischen Bedarfsdeckung als bisher überlassen werden. Auch in der Industrie geht das Bestreben dahin, alle Produktionsmöglichkeiten auszuschöpfen, um den Einfuhrbedarf zu senken. Die Wiederverstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie (Straßengütertransport und Wasserwirtschaft sollen später folgen) ist allerdings politisch motiviert. Beschwerden über ihre monopolistischen Praktiken sind als Entschuldigung zu verstehen. Im übrigen hofft die Labour-Regierung, mit den einzelnen Industriezweigen über mit Firmen-, Gewerkschafts- und Regierungsvertretern besetzte Komitees zusammenzuarbeiten. Die Idee, durch staatliche Unternehmen oder staatliche Beteiligung an Privatfirmen den Wettbewerb in verschiedenen Wirtschaftszweigen zu verschärfen und gleichzeitig einen praktischen Einblick in die Kostenverhältnisse zu gewinnen, wurde einstweilen aufgegeben, ebenso wie der Plan, weitere Wirtschaftszweige zu verstaatlichen. Dagegen denkt man daran, den öffentlichen Körperschaften im Koh-

lenbergbau, in der Energiewirtschaft usw. eine Ausweitung ihres Arbeitsbereiches auf den Bau von Ausrüstungen zu gestatten.

Notwendiger Ausbau der Bildungs- und Sozialpolitik erfordert Steuererhöhung

Die Investitionstätigkeit wird auch in der Privatwirtschaft nach Kräften gefördert, vor allem durch Steuerergünstigungen für Anschaffungen und Abschreibungen, insbesondere in den als wesentlich geltenden Industriezweigen. Für „Prestigeprojekte“ ist nicht genug Geld vorhanden, und viele an sich wünschenswerte Industrieobjekte werden zurückgestellt. Dem Staatshaushalt erwachsen auf alle Fälle aus einer neuerlichen Erhöhung der Sozialrenten und Abschaffung der Rezeptgebühren für Heilmittel zusätzliche Ausgaben. Keine der politischen Parteien verspricht vor den Wahlen Steuersenkungen. An eine solche ist auch nicht zu denken. Das ganze Sozialversicherungswerk, das auf zu Ende des Krieges erarbeiteten, ziemlich bescheidenen Prämissen beruht, soll einer Reform in Richtung auf höhere und variierte Beitrags- und Rentensätze wie in anderen Industrieländern unterzogen werden. Der Ausbau des Erziehungswesens erfordert ebenfalls höhere Zuwendungen, und der Staat soll auch die Kommunalfinanzen auf anderen Gebieten entlasten. Fiskalische Maßnahmen müssen ferner helfen, die erhofften großzügigen Kapitalinvestitionen der öffentlichen Hand zu finanzieren. Die Einkommensteuer wird deshalb im nächsten Steuerjahr erhöht. Obwohl man auf lange Sicht hofft, das Sozialprogramm größtenteils aus einem der Produktionsexpansion automatisch folgenden Auftrieb der Steuereinkünfte zu decken, werden zusätzliche Mittel auch von einer Ausweitung der Kapitalzuwachsbesteuerung und einer Revision der Gewinnbesteuerung in der Wirtschaft erwartet.

Zollerhöhung als Zwischenlösung unausweichlich

Es liegt auf der Hand, daß die gesteigerten Kapitalaufwendungen für den Ausbau der Produktion, die Modernisierung der Industrie, den Wohnungsbau und soziale Zwecke, selbst wenn sie zeitlich gestaffelt werden, die Zahlungsbilanz noch weiter anspannen müssen. Regierungssprecher legen deshalb Nachdruck auf die Notwendigkeit einer bedeutenden Ausfuhrsteigerung, der Steuerrabatte von 1 bis 3% und großzügigere Exportkredite dienen. Britische Waren sind auf dem Weltmarkt preismäßig durchaus wettbewerbsfähig, doch bieten bisher die hohen Erlöse auf dem sicheren, zollgeschützten Inlandsmarkt vielen Fabrikanten einen unwiderstehlichen Anreiz. Die Ausfuhr ist deshalb in diesem Jahr mengenmäßig überhaupt nicht gestiegen. Andererseits ziehen die hohen Inlandspreise Industriewaren aus dem Ausland an, zumal die Nachfrage wieder einmal dem Produktionsvermögen der britischen Wirtschaft vorseilt. Hieran haben vielleicht in der gegenwärtigen Krise steigende Löhne nicht mehr Schuld als hohe Bankkredite für den Konsum und die Warenlagerung (die bald abschwellen dürften) und unproduktiver Aufwand verschiedener

Das
HAMBURGISCHE WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
sucht

Abteilungsleiter (Volkswirt)

für selbständige Tätigkeit.
Erfahrungen auf folgenden wissenschaftlichen Gebieten erwünscht:
Öffentliche Wirtschaft,
Raumordnung und Verkehr,
Entwicklungspolitik oder Außenhandel
Vergütung nach BAT I oder A 14
Antritt: zum 1. 1. 1965 oder später

Ausführliche Bewerbungen an:
Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv,
Direktion,
Hamburg 36, Poststraße 11

Art. Tatsache bleibt, daß der Einfuhrüberhang eine ernste Gefahr darstellt. Von der Notlösung einer Einfuhrabgabe erwartet der Schatzkanzler, daß sie die Einfuhr in einem ganzen Jahr um vielleicht £ 300 Mill. herabdrücken und gleichzeitig dem Schatzamt £ 200 Mill. zusätzlich einbringen wird. Der Staat kann von ihr nur profitieren. Unterbleiben die betroffenen Importe, so spart er Devisen, gehen sie weiter, so wächst sein Zolleinkommen. Soweit der ausländische Lieferant die Abgabe trägt, verbilligt sich der britische Importaufwand; soweit sie auf den heimischen Konsumenten fällt, muß dieser andere Ausgaben einschränken, womit der Nachfragedruck nachläßt.

Tatsächlich hat die 15prozentige Abgabe bisher nur zu wenigen und geringen Preiserhöhungen für Konsumwaren geführt, denn die Importeure wollen sich nicht das Weihnachtsgeschäft verderben, und britische Fabrikanten fürchten den Vorwurf, aus der gemilderten Konkurrenz Vorteil zu ziehen. Bei längerer Fortdauer werden sich aber wichtige Produktionskosten steigern, denn der starke Einfuhranstieg der letzten beiden Jahre bezieht sich größtenteils auf Güter wie Maschinen und Halbwaren, die aus heimischer Produktion nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Die Einfuhrabgabe kann und soll daher nur eine Zwischenlösung sein, die übrigens auch von vielen britischen Fabrikanten abgelehnt wird. Unparteiische Kritiker in England akzeptieren sie nur als Notmittel zur Kauf-

kraftabschöpfung und fürchten, daß sie, soweit sie einfuhrhindernd wirkt, Kaufkraft für andere, ökonomisch weniger wünschenswerte Zwecke freisetzen wird. Die Alternative von Einfuhrkontingenten, die selektiv anwendbar wären, kam zunächst aus Zeitgründen nicht in Betracht. Auf lange Sicht stehen selektive Beschränkungen auch einer Handelsausweitung im Wege, weshalb die britische Regierung ungeachtet der bestehenden Zahlungsschwierigkeiten für die Kennedy-Runde nur eine kurze Ausnahmeliste angemeldet hat. Ihr Wunsch nach weitgehender Liberalisierung und beschleunigtem Abbau der Binnenzölle in der Europäischen Freihandelszone ist ehrlich. Die von der Labour-Regierung gewünschte engere Zusammenarbeit mit dem Commonwealth schließt auch eine Verstärkung des Handels, u. a. durch Schaffung eines Commonwealth-Ausfuhrats, garantierten Absatz und langfristige Abnahmeverträge für Rohstoffe, ein. Für die Entwicklung überseeischer Länder gibt es eine neue Regierungsstelle mit eigenem Minister.

Für einen langfristigen Ausgleich der Zahlungsbilanz ist es bedeutsam, daß Staatsausgaben im Ausland mit ungefähr £ 500 Mill. — davon 40 % für Verteidigung — mehr als die Hälfte des laufenden Defizits ausmachen. Hier erhofft sich die Regierung erhebliche Einsparungen, vor allem in Europa. Im Hinblick auf den stetigen Rückgang der unsichtbaren Ausfuhr sollte man nach Ansicht der Bank von England, der sich die Regierung anschließen dürfte, Auslandsanlagen sorgfältiger auf ihre Devisenertragskraft prüfen. Diese und andere Maßnahmen werden zweifellos helfen, die Zahlungskrise zu überwinden, wenn sie auch zunächst weitere Hilfe internationaler Institute erfordert. Auf lange Sicht geht es aber nicht ohne eine wesentliche Steigerung von Erzeugung und Ausfuhr, die nur durch erhöhte Arbeitsproduktivität und eine intensive Exportoffensive zu erreichen sind. Hier liegt das Kernproblem für jede britische Wirtschaftspolitik, und die Labour-Regierung sieht hier den Ansatzpunkt für ihre Hauptbemühungen.

Die neuen Brüsseler Initiativen im Lichte der gegenwärtigen europäischen Einigungspolitik

Christian Franck, z. Zt. Brüssel

Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat während ihres nun bald siebenjährigen Wirkens nie gezögert, die im Vertrag von Rom beschlossene wirtschaftliche Integration der sechs Mitgliedstaaten nicht nur als Fundament der politischen Einigung Europas, sondern bereits als den ersten konkreten Schritt zu ihrer Verwirklichung zu betrachten. Dieser Weg zur Einigung Europas ist in der oft zitierten „Dreistufenrakete“ des Präsidenten Hallstein vorgezeigt: Ausgangspunkt ist die Zollunion; sie wird im Laufe der Übergangszeit von einer Wirtschaftsunion überlagert; Krönung des Ganzen soll dann die Politische Union sein. Demnach ist die gegenwärtige europäische Integration trotz ihres vorwiegend ökonomischen Charakters ein eminent politischer Vorgang. Sie bestimmt heute bereits nahezu alle Bereiche der staatlichen Politik — ausgenommen Fragen der Verteidigung und der Außenpolitik.

In diesem Licht müssen sämtliche Initiativen der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gesehen werden. Zugleich aber auch die einzelstaatlichen Reaktionen und Entscheidungen auf die Brüsseler Maßnahmen und die Haltung in den Partnerstaaten. Die Herbstwochen haben dafür wieder einmal überzeugende Beispiele geliefert.

Lösung der Getreidepreisfrage Vorbedingung für jede Einigungspolitik

Auf der einen Seite stehen die unter der Bezeichnung „Initiative 1964“ bekanntgegebenen Kommissionsvorschläge zur Verwirklichung der Zollunion bis zum

1. Januar 1967. Ihnen gegenüber steht das französische „Ultimatum“, die Mitarbeit an der Wirtschaftsgemeinschaft einzustellen, wenn nicht das Agrarmarkt- und Getreidepreisproblem bis zum Jahresende gelöst wird. Beide Ereignisse sind durchaus Ergebnisse des bisher erreichten Standes auf dem Weg zur wirtschaftlichen Integration Europas.

In dem französischen Druck auf Verwirklichung des gemeinsamen Agrarmarktes und Getreidepreises spiegelt sich letztlich das nicht nur in Frankreich empfundene Unbehagen über die ungleichgewichtige Entwicklung zwischen der Zoll- und Wirtschaftsunion sowie über den unterschiedlichen Integrationsrhythmus zwischen dem industriellen und landwirtschaftlichen Bereich wider. Dabei mag man die „Beeinflussungsformen“ des französischen Staatschefs zu Recht kritisieren. Im Grunde jedoch ist der Inhalt der französischen Politik stärker auf den EWG-Markt ausgerichtet, als es in manchem anderen Mitgliedstaat der Fall ist. Die französische Politik ist sich durchaus der Vorteile bewußt, die der Gemeinsame Markt schon jetzt für ihre Landwirtschaft gebracht hat. Es würde für Frankreich außerordentlich schwer sein, auf anderen Märkten einen Ersatz für die durch die EWG erreichten Handelserleichterungen auf landwirtschaftlichem Gebiet zu finden. Hinzu kommt, daß de Gaulle in der EWG stets einen mehr wirtschaftlichen Zweckverband zur Unterstützung seiner nationalen Politik gesehen hat.

Das einzelstaatliche Taktieren in Fragen der europäischen Politik hat bereits erste Rückwirkungen auf die